

## **Amtsgericht Recklinghausen**

### **Beschluss**

Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

**Mittwoch, 06.05.2026, 11:00 Uhr,**

**1. Etage, Sitzungssaal 127, Reitzensteinstr. 17 - 21, 45657 Recklinghausen**

folgender Grundbesitz:

**Erbbaugrundbuch von Recklinghausen, Blatt 23233,**

**BV Ifd. Nr. 1**

Erbbaurecht für 99 Jahre seit dem 20.11.1986 an dem Grundstück

Gemarkung Recklinghausen, Flur 642, Flurstück 264, Gebäude- und Freifläche, Wilhelm-Webel-Straße 7, Größe: 350 m<sup>2</sup>

Die Erbbauberechtigten bedürfen zur Veräußerung des Erbbaurechts sowie zu dessen Belastung mit Hypotheken, Grund- und Renntenschulden oder Reallasten der Zustimmung der Grundstückseigentümerin.

versteigert werden.

Das Grundstück ist laut Gutachten bebaut mit einer Doppelhaushälfte (Baujahr 1987; Wohnfläche ca. 101 m<sup>2</sup>) und einer Garage.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 31.01.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

300.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.